



Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Energieminister legt Monitoring-Bericht zur Wasserstoffstrategie vor

Willingmann: „Ausbau Erneuerbarer Energien in Sachsen-Anhalt muss für den Aufbau der Wasserstoff-Wirtschaft beschleunigt werden“

Von Erdgas, Kohle und Öl zu grünem Wasserstoff: In den kommenden Jahren soll sich Sachsen-Anhalt zu einem klimaneutralen Industriestandort entwickeln. Energieminister Prof. Dr. Armin Willingmann hat jetzt im Kabinett den ersten Monitoring-Bericht zur Umsetzung der Wasserstoffstrategie des Landes vorgelegt. „In den vergangenen zwölf Monaten haben wir zahlreiche Weichen für den Aufbau der Wasserstoff-Wirtschaft gestellt und wichtige Vorhaben in den Bereichen Forschung, Produktion und Infrastruktur auf den Weg gebracht“, erklärte Willingmann am Dienstag nach der Kabinettsitzung. Es bleibe jedoch weiterhin viel zu tun, betonte der Minister: „Wir müssen vor allem den Ausbau der Erneuerbaren Energien für den Aufbau der Wasserstoff-Wirtschaft deutlich beschleunigen. Günstiger Wind- und Sonnenstrom ist die Grundlage für die Produktion von grünem Wasserstoff im industriellen Maßstab.“

Sachsen-Anhalt rechnet allein bis 2030 mit einem für die Wasserstoff-Produktion notwendigen Zubau von je fünf Gigawatt an Windenergie- und Photovoltaik-Anlagen. Hinzu kommt der allgemeine Mehrbedarf an Erneuerbaren durch den Ausstieg aus der Kernkraft und der energetischen Nutzung der Kohle. Willingmann unterstützt deshalb ausdrücklich das Vorhaben der Bundesregierung, mehr Flächen in Deutschland für Erneuerbare Energien zu sichern. „Wir befinden uns hierzu in einem engen Austausch mit dem Bund“, erläuterte Willingmann. „Ich gehe davon aus, dass Sachsen-Anhalt bis 2026 mindestens 1,8 Prozent der Landesfläche für Windenergie sichern muss - und dies auch kann. Bis 2034 wird der Anteil dann auf etwa 2,2 Prozent steigen.“

Aktuell sind in Sachsen-Anhalt rund 1,08 Prozent der Landesfläche raumordnerisch für die Windenergienutzung gesichert. Auf weiteren 0,7 Prozent stehen Windenergieanlagen außerhalb ausgewiesener Vorrang- und Eignungsgebiete. Sie können nach aktuell geltendem Recht nicht für so gen. Repowering genutzt werden. „Ich bin aber optimistisch, dass wir für den Großteil der bestehenden Anlagen gemeinsam mit der Bundesregierung eine Lösung finden“, betonte Willingmann. „Sachsen-Anhalt hat wie der Bund ein hohes Interesse daran, alte Windenergieanlagen durch neue, leistungsfähigere zu ersetzen.“

In den kommenden Jahren soll grüner Wasserstoff in Sachsen-Anhalt sowohl zur stofflichen Versorgung der chemischen Industrie als auch zur Energieversorgung insbesondere energieintensiver Unternehmen eingesetzt werden. Zu den wichtigsten Einzelmaßnahmen, die im Monitoringbericht zur Wasserstoffstrategie aufgelistet sind, gehören die Förderung für die Errichtung der weltweit größten PEM-Elektrolyseanlage (24 Megawatt) durch die Linde AG am Chemiestandort Leuna sowie das im Juni 2021 ebenfalls in Leuna in Betrieb genommene „Hydrogen-Lab“, in dem die Fraunhofer-Gesellschaft in fünf Testständen an der Skalierung der Wasserstoffproduktion für den industriellen Maßstab arbeitet.

Zudem wird Sachsen-Anhalt gemeinsam mit dem Bund kräftig in die Infrastruktur investieren. Im Mittelpunkt steht dabei ein Investitionsvorhaben von europäischer Bedeutung: Im Projekt „Green Octopus Mitteldeutschland“ soll unter anderem eine Pipeline entstehen, die Wasserstoffspeicher in Bad Lauchstädt mit Leuna und dem niedersächsischen Salzgitter verbinden wird. Für die Realisierung der Leitungs- und Speicherprojekte in Sachsen-Anhalt wird der Bund voraussichtlich rund 130 Millionen Euro einplanen, das Energieministerium Sachsen-Anhalt mehr als 55 Millionen Euro; insgesamt werden also rund

185 Millionen Euro investiert.

Der Monitoring-Bericht zur Wasserstoffstrategie des Landes ist auf den Internetseiten des Energieministeriums eingestellt. Er enthält auch eine Liste aktueller Wasserstoffprojekte:

<https://mwu.sachsen-anhalt.de/energie/erneuerbare-energien/wasserstoff/>

Impressum:
Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt Pressestelle
Hegelstraße 42
39104 Magdeburg

Tel: (0391) 567-6666
Fax: (0391) 567-6667
Mail: staatskanzlei@stk.sachsen-anhalt.de